Das war das European Health Forum Gastein (EHFG) 2014

Von 1. bis 3. Oktober 2014 fand das 17. European Health Forum Gastein (EHFG) unter dem Motto „Electing Health – The Europe We Want“ statt. Kernthema für die rund 600 Teilnehmer aus mehr als 50 Ländern war die Zukunft der europäischen Gesundheitspolitik, der verschiedenen Gesundheitssysteme und letztlich der EU-Bürger selbst: Konkret wurden die Rolle der EU im Gesundheitsbereich und die Chancen und Risiken der künftigen Gestaltung der europäischen Gesundheitspolitik beleuchtet. Das warf zwangsläufig die Frage auf, welche Rolle die EU künftig im Gesundheitsbereich einnehmen und wie dabei die Kompetenzverteilung erfolgen soll.

Von Maximilian Kunz, MAS, MBA

PROF. DR. HELMUT BRAND
EHFG-Präsident

Dass der Gesundheitsbereich dazu neigt, Menschen den konkreten Mehrwert eines starken Europas aufzuzeigen, legte EHFG-Präsident Prof. Helmut Brand von der Universität Maastricht gleich zu Beginn dar. Anlass für dieses Thema waren die vorangegangenen Wahlen zum Europäischen Parlament und die Neubesetzung der Europäischen Kommission. Hier zeichnete sich bereits im Vorfeld eine klare Stärkung der europaskeptischen Parteien ab. Letztlich wurde das auch bestätigt, und so ist die Tatsache, dass bereits ein Viertel der Parlamentssitze europaskeptischen Parteien

„Konkret wurden die Rolle der EU im Gesundheitsbereich und die Chancen und Risiken der künftigen Gestaltung der europäischen Gesundheitspolitik beleuchtet.“

zuzuordnen ist, für künftige Entscheidungsträger auf europäischer Ebene ein nicht unwesentlicher Denkanstoß. Der Gesundheitsbereich wird bei Umfragen regelmäßig als besonders wichtig bewertet – nicht zuletzt, weil er entscheidende Auswirkungen auf das persönliche Leben hat. Die Neuformierung der Europäischen Kommission sowie die wechselnde Legis-

laturperiode des Parlaments bieten aktuell eine Chance, auf den Bürger zuzugehen. Dieser kann ja beispielsweise die Folgen einer Verschiebung der Zuständigkeit für den Bereich Pharma- und Medizinprodukte aus der Generaldirektion Gesundheit in das Ressort Binnenmarkt, wie sie zuerst durch Kommissionspräsident Jean Claude Juncker vorgesehen war, oft nicht nachvollziehen. Prof. Brand nannte das Beispiel der Roaming-Initiative der Kommission, welches selbst Euroskeptikern eindringlich veranschaulichte, dass Telefonieren in Europa dank der Europäischen Union kostengünstiger wurde. Eine ähnliche Initiative wünschte er sich im Bereich der medizinischen Versorgung und appellierte dabei an die Kreativität der zuständigen Entscheidungsträger. Darüber hinaus wurde erörtert, mit welchen weiteren gesundheitspolitischen Agenden seitens der Kommission zu rechnen ist. Dies geht aus dem mittlerweile vom designierten Kommissionspräsidenten an den künftigen Gesundheitskommissar ergangenen „Mission Letter“ hervor: Demnach sollen weitere Schwerpunkte im Bereich der Stärkung der EU-Kapazitäten bei der Zuständigkeit für Nahrungsmittelsicherheit und Pandemien sowie im Bereich der Effizienz und Leistungsfähigkeit von Gesundheitssystemen angesiedelt werden. Das unterstreiche – etwa durch die gewünschte Entwicklung von „Performance Assessments“ hinsichtlich der Effektivität öffentlicher Gesundheitsausgaben – die entscheidende Rolle von Gesundheitssystemen als Wirtschaftsfaktor für Stabilität und Wachstum, so EHFG-Präsident Prof. Brand.

Nicht eingezeichnete Teilnehmer:

China	1
Indien	1
Kanada	1
Kirgisistan	2
Tadschikistan	3
Taiwan	14
Turkmenistan	1
Uganda	1
Usbekistan	2
USA	8

Teilnehmer EHFG 2014

Einbeziehung gesundheitspolitischer Expertise in Budget- und Fiskalpolitik
US-Gesundheitspolitikexperte Scott L. Greer legte dar, wie die positiven Beiträge der EU zu Public Health von den Auswirkungen des Binnenmarkts und der gemeinsamen Fiskalpolitik auf die Gesundheit der Europäer überschattet wurden: Seit 2010 hat sich die – vormals durchaus positiv gestaltete – EU-Gesundheitspolitik dahingehend verändert, dass die EU jetzt verstärkt gesundheitspolitische Entscheidungen beeinflusst; das aber nicht, weil das Gesundheitsmandat im Vertrag, sondern die EU-Fiskalpolitik auf das Gesundheitswesen ausgeweitet wurde. Dass diese negativen Auswirkungen auf Public Health dabei nicht von Dauer sein müssen, erklärte er beispielsweise durch eine künftig stärkere Einflussnahme von Public-Health-Expertise auf die Budget- und Fiskalpolitik.

Blindheit: milliardenschwere Belastung für Europas Volkswirtschaften

Präsentiert wurde eine aktuelle Studie, der eine Beauftragung vom European Forum Against Blindness (EFAB) voranging. Sie legte offen, dass Augenerkrankungen nicht nur die Lebensqualität Betroffener beeinträchtigen, sondern auch eine milliardenschwere Belastung für die europäischen Volkswirtschaften darstellen. Glendon Harris vom European Forum Against Blindness und der AMD Alliance ergänzte dazu, dass laut WHO europaweit 50 Prozent und weltweit sogar 80 Prozent aller Erblindungen vermeidbar wären.

„Gesundheitssysteme brauchen Trendwende zur Prävention“

Das forderte der slowakische Europa-Parlamentarier Alojz Peterle parallel zur Abkehr des Gesundheitssystems vom kostspieligen ineffektiven Ansatz, sich mit großem Aufwand vor allem um späte Krankheitsphasen zu kümmern, und verwies auf erlebnisorien-

tierte und kosteneffektive Präventionsmaßnahmen und frühe Interventionsstrategien.

Experten fordern gesundheitspolitische Maßnahmen gegen Hörverlust

Die zunehmende Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Hörbeeinträchtigung und Demenz legten Experten mit der Präsentation einer Studie, die erstmals zeigte, dass Hörbehelfe den kognitiven Abbau verlangsamen können, dar. Dr. Pierre Anhoury, Vorstand der französischen Organisation „Agir Pour l’Audition“ (Handeln für das Hören) skizzierte in diesem Kontext, dass Hörverlust alleine in Frankreich zehn Millionen ältere Menschen betrifft, und plädierte für neue ökonomische Lösungen, um die Versorgung dieser Bevölkerungsschicht mit Hörgeräten sicherzustellen. In diesem Zusammenhang stellte er einen Zehn-Punkte-Plan vor, mit dem das Problem – auch auf EU-Ebene – angegangen werden soll.

Ebola: Starke Gesundheitssysteme sind bestes Bollwerk gegen Epidemien

„Ebola ist Ausdruck lang anhaltender und zunehmender Ungleichheiten beim Zugang zu Gesundheitsleistungen. Die Gesundheitssysteme in den betroffenen Ländern sind zu schwach, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit Ebola gewachsen zu sein“, so die einhellige Meinung der Expertenkonferenz.

Europa droht Mangel an Gesundheitspersonal

Europas Bevölkerung wird immer älter. Das fortschreitende Alter macht auch vor Fachkräften in den Gesundheitsbereichen nicht Halt: Prof. James Buchan von der Queen-Margaret-Universität Edinburgh sprach besonders die west- und nordeuropäischen Länder an, die aufgrund der alternden Bevölkerung in Kombination mit einer großen Zahl an überalterten Fachkräften vor einem

doppelten demografischen Problem stehen. Zudem zeichnet sich ab, dass sich Mobilitätsmuster zunehmend verändern und künftig schwerer vorhersehbar werden. Das fordert beispielsweise Regierungen von Abwanderungsländern immer mehr hinsichtlich der Entwicklung geeigneter Strategien.

Experten fordern starke Primärversorgung

Außerdem wurden die Potenziale einer starken Primärversorgung mit Lotsenfunktion durch das Gesundheitssystem zwecks Optimierung der Gesundheitsförderung sowie der Prävention und Betreuung chronisch Kranker diskutiert. Diese stellt laut Prof. José M. Martin-Moreno von der Universität Valencia neben vielen anderen Vorteilen zunehmend den Patienten in den Mittelpunkt des Versorgungssystems.

Rasche Umsetzung von e-Health

Der Nutzen eines integrierten Gesundheitsmanagements mittels Informations- und Kommunikationstechnologie stand im Mittelpunkt einer weiteren Expertenrunde, die darauf aufmerksam machte, dass e-Health-Angebote zu Qualitäts- und Effizienzsteigerungen im Gesundheitswesen beitragen könnten, einem breiten Ansatz aber noch Hürden entgegenstünden. „Es ist dringend nötig, verfügbare Lösungen im Bereich von e-Health und Telemedizin umzusetzen“, war die Kernbotschaft von Peteris Zilgalvis, Leiter der Abteilung „Health and Wellbeing“ in der DG CONNECT der Europäischen Kommission.

Datenverknüpfung als Schlüssel zur effizienten Gesundheitsversorgung

Dass manche Staaten hinsichtlich der Gesundheit ihrer Bürger besser abschneiden und dass dies auf richtige Entscheidungen bei Mikro- und Makrofaktoren zurückzuführen sei, war Thema einer Konferenz, die in diesem Zusammenhang auch den schärf-

ren Wettbewerb zwischen Erbringern von Gesundheitsleistungen, bessere Krankenhausorganisation sowie den Einsatz günstigerer Generika und die bessere Ausbildung gesundheitsbewusster Bürger ansprach. Um alle beteiligten Bereiche besser analysieren zu können, bedarf es, so das Fazit der Runde, einer konsequenten Verknüpfung von Daten im Zuge der nächsten „Datenrevolution“.

Undokumentierte Migranten: Menschenrecht auf medizinische Versorgung häufig verweigert

Das Bewusstsein für die prekäre Situation von Drittstaatenbürgern ohne Aufenthaltspapiere sowie die Barrieren zu deren medizinischer Versorgung schärfte die Plattform PICUM und zeigte damit auf, dass der offene Zugang zum Gesundheitswesen in Europa längst noch nicht für alle Menschen Realität ist. Mit dem abschließenden Hinweis des EHFG-Präsidenten Prof. Helmut Brand, dass es längst an der Zeit sei, sich Strategien für eine nachhaltige und patientenorientierte Gesundheitspolitik zu überlegen, ging ein spannendes Forum mit einem Kernthema, das uns alle angeht, zu Ende. Die Vorbereitungen für das EHFG 2015 sind bereits in vollem Gang. ■